

Dokumentation der Bundestagsdebatte vom 13.06.2007 zum Thema:

Anerkennung und Wiedergutmachung der deutschen Kolonialverbrechen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika

Auszug aus dem Protokoll des Stenografischen Dienstes des Deutschen Bundestages. Das komplette Original ist abzurufen unter: <http://dip.bundestag.de/btp/16/16102.pdf> Diese Debatte findet sich dort ab Seite 84

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Heike Hänsel, Monika Knoche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN

Anerkennung und Wiedergutmachung der deutschen Kolonialverbrechen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika

– Drucksache 16/4649 –

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Rechtsausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Fraktion Die Linke fünf Minuten erhalten soll. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Hüseyin-Kenan Aydin, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sprechen wir es klar und unmissverständlich aus: Die deutschen Kolonialtruppen haben zwischen 1904 und 1908 in Deutsch-Südwestafrika einen Völkermord begangen. Etwa 80 Prozent der **Herero** und 50 Prozent der **Nama** fielen einem erbarmungslosen Vernichtungsfeldzug zum Opfer. Ich verneige mich vor den Toten und ihren Nachfahren.

Ich begrüße den namibischen Botschafter und Chief Riruako als Repräsentanten der Herero, die unsere Debatte im Bundestag verfolgen.

(Beifall im ganzen Hause)

Es geht heute darum, das offizielle Schweigen zu durchbrechen. Bis heute hat keine Bundesregierung die Existenz dieses Völkermordes anerkannt. Das nenne ich eine Schande.

Die historischen Fakten sind unbestritten. 1904, nach der Schlacht am Waterberg, trieben die Truppen des Kaisers die Herero in die Wüste, um sie qualvoll verdursten zu lassen. Der dafür verantwortliche General von Trotha hat einen regelrechten Vernichtungsbefehl erlassen – ich zitiere –:

Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit und ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen ...

Kinder und Frauen waren darin eingeschlossen. Der damalige deutsche Generalstabschef von Schlieffen billigte diesen Krieg und nannte ihn einen Rassenkampf.

Nach den Herero wurden die Nama mit denselben Methoden bekämpft. Die Überlebenden kamen in Lager, die schon damals Konzentrationslager hießen. Dort kam es zu Massenvergewaltigungen. Gefangene wurden von deutschen Unternehmen als Zwangsarbeiter zum Eisenbahnbau missbraucht. Das kann jeder Abgeordnete in der Parlamentsbibliothek nachlesen. Und doch haben diese barbarischen Verbrechen bis heute keinerlei offizielle Konsequenzen.

Bundespräsident Herzog, Bundeskanzler Kohl, Außenminister Fischer: Sie alle führen nach Namibia und taten so, als habe es nie einen Völkermord gegeben. Diese historische Ignoranz ist unerträglich.

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Das ist doch falsch!)

Die Linke sagt: Völkermord verjährt nicht, weder moralisch noch juristisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Herero und Nama haben ein Recht auf Wiedergutmachung.

Immer wieder begegne ich dem Argument, die Verbrechen würden schon Generationen zurückliegen; nun seien sie Geschichte geworden. Das stimmt. Doch das sagt nichts anderes aus, als dass eine nach der anderen Regierung die vergangenen Verbrechen an den Herero und Nama ignoriert hat. So sind die Jahre ins Land gegangen. Man kann nicht erst auf Zeit spielen und dann sagen: Es ist zu viel Zeit vergangen. Das ist unehrlich und auch zynisch.

Richtig ist: Im Jahr 2004 hat der **Bundestag** einen Antrag zur historischen Verantwortung gegenüber Namibia verabschiedet. Doch der Antrag vermied jede Klarstellung zu den historischen Sachverhalten. Er leugnet die Existenz eines Vernichtungsbefehls; er leugnet den Völkermord. Die Bundestagsresolution von 2004 ist kein Dokument der Versöhnung, sondern ein Affront gegenüber den Opfern des deutschen Kolonialismus.

Die Mehrheit der Deutschen war gegen den Kolonialismus. August Bebel sprach ihnen aus dem Herzen, als er im März 1904 vor den Abgeordneten des Reichstages den Kolonialkrieg in Deutsch-Südwestafrika verurteilte. Er nannte den Widerstand der Herero einen gerechtfertigten Befreiungskampf.

Vor drei Jahren nahm **Ministerin Wieczorek-Zeul** diesen Faden auf. In Namibia nannte sie die Gräueltaten öffentlich beim Namen. Sie sprach wie ich heute von einem Völkermord, von einem Vernichtungskrieg gegen die Herero und Nama. Diese mutige Rede hat in Namibia viele Hoffnungen geweckt. Doch leider hat die Bundesregierung diese Hoffnungen in der Folge enttäuscht. Das Mindeste, was man hätte erwarten können, wäre das Angebot auf einen offenen und fairen Dialog gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch bis heute gibt es keinerlei Angebot in dieser Richtung.

Man kann nicht nach Namibia fahren, öffentlich einen Völkermord anerkennen und dann zur Tagesordnung übergehen.

1990 versprach das Auswärtige Amt: Wenn die namibische Regierung den Wunsch nach Wiedergutmachung stelle, dann werde dieser geprüft werden. Dieser Zeitpunkt ist gekommen. Seit Oktober letzten Jahres gibt es einen einstimmigen Beschluss des namibischen Parlaments, in dem Verhandlungen mit Deutschland über eine Wiedergutmachung gefordert werden. Der namibische Premierminister Nahas Angula hat sich öffentlich hinter diese Initiative gestellt.

Wir von der Linken werden jeden Schritt unterstützen, den die Bundesregierung nun auf die namibische Regierung zugeht. Die Aussöhnung mit den Völkern Namibias lässt keinen Raum für parteipolitischen Streit. Ich appelliere an Sie alle: Lassen Sie uns gemeinsam einen Weg finden, die Wunden der Vergangenheit in Würde zu heilen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort der Kollegin Anke Eymer, CDU/ CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Anke Eymer (Lübeck) (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag legt wieder einmal den Fokus auf ein Thema, das in diesem Hause schon öfter debattiert worden ist. Es ist die Frage der deutschen Verantwortung im heutigen Namibia. Noch konkreter: Es sind die Geschehnisse in den drei Jahren von 1904 bis 1907. Wir reden also über das Vorgehen des deutschen Kaiserreiches gegen die **Herero**, die **Nama** und die **Damara** vor über 100 Jahren. Seitdem hat sich manches bewegt und verändert. Es scheint notwendig, an dieser Stelle hieran zu erinnern. Nur dann wird das Bild der jüngsten Geschichte zwischen Namibia und Deutschland etwas ausgewogener, als es auf dem Papier steht.

Wir sollten nicht vergessen, dass wir bei allem auf der Grundlage einer gemeinsamen **Entschiebung des Deutschen Bundestages** von 1989 zur bevorstehenden Unabhängigkeit Namibias reden. Zu der Zeit, meine Damen und Herren von der Linken, waren Sie ja noch nicht im Deutschen Bundestag vertreten.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Das ist richtig!)

Aber schon zu diesem Zeitpunkt, im Jahre 1989, hat Deutschland die Bereitschaft zu einem besonderen Engagement deutlich gemacht. Das entsprach und entspricht der historischen Verbindung beider Länder. Es entspricht auch der ausgezeichneten bilateralen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit, die wir pflegen.

Dies für die Zukunft zu festigen und auszubauen, diente der Deutschlandbesuch 2005 von Präsident Pohamba. Er wies ausdrücklich auf das besondere Verhältnis, das durch den Deutschen Bundestag 1989 einstimmig beschlossen wurde und 2004 erneut bekräftigt worden ist, hin. Auch zum 100-jährigen Gedenken an die Schlacht beim Waterberg und ihre dunklen Folgen gab es 2004 eine Befassung hier in diesem Hause. Im Sommer 2004 gab es eine deutliche und klare Aussage der damaligen und heutigen Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bei ihrem Namibiabesuch. Darin wurden die deutsche Verantwortung und das Bedauern über die damaligen Geschehnisse deutlich zum Ausdruck gebracht.

Wenn nun auf namibischer Seite vereinzelt an der Ernsthaftigkeit der deutschen Erklärung gezweifelt wurde, entspricht das nicht der allgemeinen Sicht in Namibia.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es entspricht auch nicht den partnerschaftlichen und freundschaftlichen bilateralen Beziehungen. Vor allem entbehrt dieser Vorwurf jeglicher realen Grundlage. Die Linke war zu diesem Zeitpunkt ja noch nicht in Fraktionsstärke hier im Hause vertreten. Vielleicht ist da einfach einiges an Ihnen vorbeigegangen. Oder sollte man Ihnen heute vielleicht dafür danken, dass Sie mit einigen Jahren Verspätung dieses Thema in Erinnerung bringen?

Wer die letzte **Debatte von 2004** noch einmal gründlich liest, wird eine ausführliche Argumentation finden. Er wird auch einen ausgewogenen Bezug zur kolonialen Geschichte Afrikas und Namibias finden. In dem vorliegenden bemüht fleißigen Antrag ist die notwendige Ausgewogenheit leider zu vermissen. Wirklich sinnvolle neue Impulse zu diesem Thema gibt es darin nicht.

Um noch einmal die Erinnerung zu bemühen: Im Herbst 2006 war eine Delegation dieses Hauses zu Gesprächen in Namibia. Mein Kollege Hartwig Fischer kann das bestätigen. Bei dem Treffen mit Präsident Pohamba ist auch die Forderung nach Reparationszahlungen zur Sprache gekommen. Mit Präsident Pohamba bestand dahin gehend beste Einigkeit, dass mit der Verstärkung der bilateralen Kooperation und unserer Entwicklungszusammenarbeit der einzig richtige Weg beschritten wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Nachzulesen ist dies – das empfehle ich Ihnen sehr – in der „Namibischen Presse“ vom 16. Oktober des vergangenen Jahres.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Ich war selbst dort! – Gegenruf des Abg. Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Aber Sie haben keine Zeitung gelesen!)

Tatsache ist, dass die heutige Gestalt Afrikas und Afrikas Probleme nicht zuletzt dem schweren Erbe seiner **kolonialen Vergangenheit** geschuldet sind. Bis auf Äthiopien standen alle afrikanischen Länder für eine mehr oder minder lange Zeit unter der Kolonialherrschaft eines europäischen Staates. Den größten Einflussbereich beanspruchten England und Frankreich für sich. Über zwei Dutzend Länder und Landstriche gehörten zum britischen Einflussbereich, halb so viele zum französischen Kolonialreich. Aber auch die Niederlande, Portugal, Spanien, Italien, Belgien und Deutschland hatten einzelne Kolonien, Krongüter, Besitzungen oder Handelsniederlassungen in Afrika.

Der Kolonialismus, über den wir heute reden, hat seine Gestalt im Wesentlichen im 19. Jahrhundert herausgebildet. Egal wer herrschte, es war für die Afrikaner eine Zeit der Entmündigung, der Ausbeutung und nicht selten eines grausamen diktatorischen Regimes mit leider vielen Millionen Toten.

Die **Bewältigung dieses Erbes** ist immer noch die Grundlage für viele aktuelle Probleme in den meisten afrikanischen Ländern. Bei einem Besuch der Afrikanischen Union während der Afrikareise des Bundeskanzlers im Jahr 2004, an der ich teilgenommen habe, ist das Thema der Herero zur Sprache gekommen. In der Antwort, die der Präsident der Afrikanischen Union gegeben hat, wurde eine grundsätzliche Überzeugung der afrikanischen Partner deutlich. Zusammengefasst sagte er: Für einen gleichberechtigten Dialog und für ein erstarkendes afrikanisches Selbstbewusstsein ist das offene Eingeständnis von Fehlern und grausamen Verbrechen, die in der gemeinsamen Geschichte auf europäischer Seite begangen wurden, weit mehr von Bedeutung als manch eine materielle Überlegung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe nur das zusammengefasst, was der Präsident der Afrikanischen Union gesagt hat.

In der „Allgemeinen Zeitung“ mit Sitz in Windhoek heißt es am 2. Dezember 2005 – ich zitiere –: „Dass sich die deutsche Bundesregierung nicht auf Verhandlungen auf exklusiv ethnischer Ebene einlässt, liegt im Rahmen der gesamten deutsch-namibischen Beziehungen auf der Hand. Die einseitige Erfüllung von Sonderwünschen und eng ethnisch abgegrenzte Leistungen welcher Art auch immer müssten die deutsch-namibischen Beziehungen“ belasten.

Der vorliegende **Antrag** versucht, in diese Kerbe zu schlagen. Die vorgelegten Forderungen nehmen aufgrund einer zu einseitigen und ideologischen Neigung eine Position ein, die nicht dem bestehenden Status der partnerschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen unserer Länder entspricht.

Den Opfern unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen aus der oft blutigen und menschenverachtenden afrikanischen Kolonialzeit, die die deutsche Geschichte mit zu verantworten hat, gilt auch heute unser Gedenken und unsere Trauer. Dieses bewusste Erinnern an die Geschichte ist aber nur dann verantwortungsvoll, wenn es sinnvoll in eine **Politik von heute** einbezogen ist. Das heißt: Erstens setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass Afrika deutlicher in die europäische und deutsche Politik eingebunden wird; zweitens setzen wir uns dafür ein, dass das Afrika des 21. Jahrhunderts zu einem Produkt der Afrikaner wird. Dies muss aber abseits von unkritischer und ideologischer Schönfärberei oder politischen Schnellschüssen geschehen. Nur so wird ein kritischer, konstruktiver Dialog mit unseren afrikanischen Partnern möglich bleiben. Daher ist diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort der Kollegin Marina Schuster, FDP-Fraktion.

Marina Schuster (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die deutsche Geschichte ist eng mit der Geschichte Namibias verknüpft. Alles begann mit einem der düstersten Kapitel **deutscher Kolonialgeschichte**. Wer die Berichte von damals liest, ist auch heute noch tief erschüttert und tief betroffen über die Menschenverachtung, mit der die deutschen Kolonialtruppen gegen Teile der Bevölkerung, insbesondere gegen Herero und Nama, vorgingen. Die Erinnerung an diese Ereignisse darf nicht verblassen.

In Namibia wirkt die damalige Zeit bis heute in die gesellschaftliche Realität. Dass es dennoch gelungen ist, von diesem Ausgangspunkt aus eine Freundschaft zu entwickeln, ist eine der ganz großen kulturellen und politischen Leistungen unserer beiden Nationen und der jeweiligen Regierungen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die **Bundesrepublik Deutschland** ist sich ihrer besonderen Verantwortung für Namibia immer bewusst gewesen. Deutschland gehörte 1978 der Kontaktgruppe nach der Sicherheitsratsresolution 435 an, die zur Unabhängigkeit Namibias führte. Maßgeblich bei dieser Resolution und dem die folgenden elf Jahre andauernden Verhandlungsprozess war der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Noch während des Prozesses der Implementierung dieser Resolution, nämlich im Jahre 1989, verabschiedete dieses Haus einen Antrag, in dem die damalige Bundesregierung aufgefordert wurde, „wegen ihrer besonderen Verantwortung für Namibia ... einen Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit zu setzen und dieses Land zu einem besonderen Modellfall deutscher Entwicklungshilfe zu machen“.

Dies wurde gleich nach der Unabhängigkeit Namibias implementiert und ist heute wesentlich für unsere Politik gegenüber Namibia.

1990 wurde Namibia unabhängig. Deutschland gab finanzielle Starthilfe und begleitet Namibia seitdem sowohl beratend als auch als größtes Geberland der bilateralen EZ. Mit inzwischen ungefähr 650 Millionen Euro erhält Namibia pro Kopf den größten Teil deutscher Entwicklungshilfe. 1991 trat das deutsch-namibische Kulturabkommen in Kraft. Hochrangige gegenseitige Besuche sind heute politische Normalität.

Wie gut sich die Beziehungen entwickelt haben, zeigt sich auch daran, dass politische Meinungsverschiedenheiten heute offen angesprochen und ausdiskutiert werden können. Das gilt zum Beispiel für die Landreform und die damit verbundenen Enteignungen.

Heute ist Namibia mehr denn je auf Hilfe angewiesen. Eine **HIV-Infektionsrate** von fast 20 Prozent droht alle entwicklungspolitischen Erfolge der letzten 17 Jahre zunichte zu machen. Die Lebenserwartung ist von ehemals 60 Jahre auf knapp 38 Jahre gesunken. Die damit verbundenen Zukunftsrisiken sind für viele von uns

kaum vorstellbar. Ich denke, die Bundesregierung sollte ihre Verantwortung gerade in diesem Bereich überprüfen und sich fragen, ob sie die richtigen Schwerpunkte setzt.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, dieses Haus ist nicht geschichtsvergessen. Das zeigen die kontinuierlichen Befassungen in den letzten Jahrzehnten; meine Kollegin Anke Eymer hat das ausgeführt. In der Zusammenarbeit mit Namibia gibt es viel zu tun. Wir werden eines Tages daran gemessen werden, ob wir die Herausforderungen des Jetzt und Heute angenommen haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Gert Weisskirchen, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine Bitte äußern: Ich fände es gut, wenn wir an die Opfer dieses schrecklichen Verbrechens erinnern – ich möchte die hier anwesenden Vertreter der Herero ganz besonders ansprechen –, wenn wir daran erinnern, was in deutschem Namen geschehen ist, welche Verbrechen an ihnen vollzogen worden sind. Ich möchte uns alle herzlich darum bitten, diese Leidensgeschichte nicht zu instrumentalisieren.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Tue ich das denn? Habe ich mit einem Wort instrumentalisiert?)

– Monika Knoche [DIE LINKE]: Er war emotional engagiert!)

– Wenn Sie so reden, ist das genau das, was ich meine. Ich bitte Sie und uns alle, diese Leidensgeschichte nicht zu instrumentalisieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das hat etwas mit der Würde der Opfer zu tun.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Ja! Genau deshalb!)

Aus diesem Grunde bitte ich Sie darum, das in den Mittelpunkt zu stellen, was am 12. Januar 1904 geschehen ist: Die Völker der **Herero** und **Nama** begehren auf. Sie wollen das Kolonialregime des deutschen Kaiserreichs abschütteln. Weiß war die Farbe des Schreckens, der Gewalt und der Vernichtung. Generalleutnant von Trotha hat am 4. November 1904 Folgendes zur Kriegsführung gesagt – ich zitiere ihn –:

Ich kenne genug Stämme in Afrika. Sie gleichen sich alle in dem Gedankengang, dass sie nur der Gewalt weichen. Diese Gewalt mit krassem Terrorismus und selbst mit Grausamkeit auszuüben war und ist meine Politik. Ich vernichte die aufständischen Stämme mit Strömen von Blut ...

Heidmarie Wieczorek-Zeul sagte in einer Rede in Namibia:

Wir Deutschen bekennen uns zu unserer historisch-politischen, moralisch-ethischen Verantwortung und zu der Schuld, die Deutsche damals auf sich geladen haben ...

– Beide Reden sind Teil der deutschen Geschichte: Die eine ist die Vergangenheit, die andere die Gegenwart. – Sie fügte hinzu:

Ich bitte Sie im Sinne des gemeinsamen „Vater unser“ um Vergebung unserer Schuld. Ohne bewusste Erinnerung, ohne tiefe Trauer kann es keine Versöhnung geben.

Wer sich nicht erinnert, wird blind für die Gegenwart. Deshalb denke ich, wir sollten an die Zehntausenden von Ermordeten erinnern. 80 000 Herero wurden vor dem Krieg, bevor sie aus ihrem Lande vertrieben wurden, gezählt, danach lebten noch 15 000. Von den ehemals 20 000 Nama, die vor dem Krieg lebten, gab es am Ende des Krieges noch 9 000.

Von diesem Platz aus hat sich **August Bebel**, der ehemalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, gegen diesen Unterdrückungskrieg gewandt und gewehrt. Er stellte sich unerschrocken gegen das, was heute Völkermord genannt würde. Er hat sich an die rechte Seite dieses Hauses gerichtet und gesagt:

... was bedeutet in Wahrheit diese ganze sogenannte christliche Zivilisation in Afrika? Äußerlich Christentum, innerlich und in Wahrheit Prügelstrafe, Weibermißhandlung, Schnapspest, Niedermetzelung mit Feuer und Schwert, mit Säbel und Flinte. Das ist

– das sagte er an die Rechte gerichtet –

Ihre Kultur. Es handelt sich um ganz gemeine materielle Interessen, ums Geschäftemachen und um nichts weiter!

So August Bebel.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das waren noch Sozialdemokraten! – Gegenrufe von der SPD: Das müssen Sie gerade sagen! – Das ist aber unter Ihrem Niveau, Herr Gehrcke!)

Im Dezember 1906 hatten das Zentrum und die SPD die Kraft, zusammen mit der polnischen Fraktion im Deutschen Reichstag eine Mehrheit gegen die Budgetentscheidung der Regierung des Kaiserreiches zustande zu bringen, also dagegen, dass weitere militärische Mittel in Südwestafrika eingesetzt werden. Sofort wurden Neuwahlen ausgerufen, die am 25. Januar des folgenden Jahres, des Jahres 1907, stattfanden. Es kam zu einem furchtbaren, chauvinistischen Wahlkampf gegen die SPD und das Zentrum. „Vaterlandsverräter“ wurden die Sozialdemokraten genannt. Es gab eine Hetzjagd sondergleichen. Die SPD verlor gegenüber den vorigen Wahlen knapp 3 Prozent der Stimmen. Ich sage das mit allem Selbstbewusstsein: Zu jener Zeit war August Bebel derjenige, der die Achtung vor dem anderen Deutschland – vor dem Deutschland der Freiheit, vor dem Deutschland der Gleichheit, vor dem Deutschland der Gerechtigkeit – gerettet hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde herzlich darum bitten, das, was Vergangenheit ist, in dieser Ernsthaftigkeit zu betrachten und die Verantwortung gegenüber dem, was damals geschehen ist, nicht in billige Polemik umzumünzen.

(Beifall bei der SPD)

Nach den USA hat nämlich Deutschland – schauen Sie sich die Zahlen an! –, seitdem Namibia 1990 unabhängig geworden ist, mit 650 Millionen Euro die meisten **Mittel für die Entwicklung Namibias** zur Verfügung gestellt. Sie haben völlig zu Recht die entscheidende Rolle hervorgehoben, die Hans-Dietrich Genscher dabei gespielt hat, dass Namibia frei und unabhängig und selbstständig werden können. Ich will damit nicht sagen, wir wollten diese Summe gegen die Toten aufrechnen.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Doch, das tun Sie!)

– Nein. – Aber das zeigt, dass der Deutsche Bundestag in zwei gemeinsamen **Entschließungen**, 1989 und in einer späteren noch einmal, ausgedrückt hat: Wir sind da, wir tragen Verantwortung; wir wollen helfen, dass Namibia die Chance bekommt, sich zu entwickeln.

Liebe Freunde aus Namibia, der Deutsche Bundestag nimmt die Entscheidung Ihres Parlamentes ernst. Wir werden, wenn die Vertreter Ihrer Regierung im Juli hier in Berlin Beratungen und Verhandlungen führen werden, versuchen, so es nötig ist, dafür zu sorgen, dass ein Antrag im Deutschen Bundestag – über alle Fraktionen hinweg – formuliert und beschlossen wird, um zu helfen, dass die Versöhnungsinitiative, die von Heidemarie Wieczorek-Zeul in Gang gesetzt worden ist, die materielle und finanzielle Unterstützung findet, die nötig ist, damit die Entwicklung Namibias den Menschen Perspektiven bietet, zu eigener Freiheit und zu eigener Gerechtigkeit zu kommen, damit Namibia die Chance für eine gute Zukunft hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Als letztem Redner in dieser Debatte gebe ich das Wort dem Kollegen Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Vernichtungskrieg gegen die Herero und Nama war der wohl erste Völkermord des 20. Jahrhunderts.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Um dieses Eingeständnis hat man sich in Deutschland lange gedrückt. Aber es stimmt nicht, dass man sich heute zum ersten Mal mit diesem Thema beschäftigt. Bereits 1989 hat der Bundestag eine Resolution verabschiedet, und 1995 hat es bei einem Besuch einer Delegation des Bundestages in Namibia unter der Leitung der Kollegin Eid eine Entschuldigung für diesen Völkermord gegeben, auch wenn sich der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl damit schwergetan hat.

Im August 2004 hat Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul in einer beeindruckenden Rede bei den Nachkommen derer, die diesen Völkermord überlebt haben, stellvertretend für die Bundesregierung um Entschuldigung gebeten. Das Ergebnis ist eine Versöhnungsinitiative gewesen, in deren Rahmen zusätzlich zu den großen Entwicklungshilfearbeitungen, die es zugunsten Namibias gegeben hat, Mittel zur Verfügung gestellt worden sind. Wir alle wissen allerdings, dass diese Mittel nicht in dem Umfang, wie man sich das gewünscht hätte, abgeflossen sind. Also, es hätte dieses Antrages in dieser Form nicht bedurft.

Der namibische Botschafter hat heute auf einer Pressekonferenz, die er zusammen mit Ihrer Fraktion durchgeführt hat, übrigens gesagt – ich zitiere ihn nach der Pressemitteilung –:

Allerdings wäre es aufgrund der Wichtigkeit des Themas

– so Herr Professor Peter Katjavivi –

vielleicht der Sache zuträglicher gewesen, wenn dieser Antrag als ein interfraktioneller im Bundestag eingebracht worden wäre.

Ich finde, der namibische Botschafter hat recht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Die andere Seite ist: Es hat sich eine Veränderung der Situation ergeben. Lange Zeit hat sich Namibia auch aus Gründen der inneren sozialen und politischen Balance gegenüber individuellen Entschädigungsforderungen sehr zurückhaltend verhalten. Mit der Entscheidung des Parlaments vom Oktober und auch aufgrund der veränderten Auffassung der Regierung hat sich eine andere Sachlage ergeben. Ich finde, wir täten gut daran, uns gemeinsam auf diese veränderte Sachlage einzulassen. Es geht an dieser Stelle nicht um Entschädigung, sondern darum, auch materiell das Leid anzuerkennen, das unsere Vorfahren den Menschen in Namibia und ihren Vorfahren zugefügt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Trittin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gehrcke?

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gerne, Herr Gehrcke.

Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE):

Lieber Herr Kollege Trittin, stimmen Sie mir zu oder können Sie es zumindest akzeptieren, dass es aufrichtiger gewesen wäre, auch zu sagen, dass sich meine Kollegen um einen interfraktionellen Antrag bemüht haben, weil auch wir der Meinung sind, dass es gut wäre, wenn man zu diesem Thema einen interfraktionellen Antrag eingebracht hätte, dass andere Fraktionen im Hause aber leider noch nicht einmal eine gemeinsame Uhrzeit mit uns vereinbaren und dass daran der interfraktionelle Antrag gescheitert ist?

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Richtig!)

Der Vorwurf darf also nicht uns treffen, sondern er muss die treffen, die so kleinkariert sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Herr Kollege Gehrcke, Sie wissen so gut wie ich selbst, dass ich hierfür die falsche Adresse bin. Wir entscheiden, wenn es um die Frage geht, mit wem wir Anträge zur Sache einbringen, entlang der Sache und der dabei vertretenen Positionen und nicht anhand von vorgefertigten Linien und Gruppierungen. Ich würde mir im Interesse der Angelegenheit, die heute zur Diskussion steht, sehr wünschen, dass wir an dieser Stelle zu einer gemeinsamen und über alle Grenzen hinwegreichenden gemeinsamen Haltung kommen.

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Ich will deswegen auch noch etwas zur Sache sagen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Trittin, ich muss Sie trotzdem vorher fragen, ob Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Aydin zulassen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Bitte.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen aber viel wissen! Vorhin haben Sie nichts gelernt!)

Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE):

Lieber Kollege Trittin, Sie haben auf die Frage meines Kollegen Gehrcke geantwortet, dass man Ihnen eine vorgefertigte Position vorgelegt hat. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Fraktion Die Linke am

29. November 2006 über ihre parlamentarische Geschäftsführung allen parlamentarischen Geschäftsführern ein Schreiben mit der Bitte zukommen ließ, eine interfraktionelle Initiative zu starten und darüber zunächst einmal ein gemeinsames Gespräch zu führen. Auf diese Bitte hat keine Fraktion im Hause reagiert. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei der LINKEN – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Hat er recht! Ist unglaublich!)

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Herr Kollege, die Feststellung, die Sie zu treffen versucht haben, bedarf wahrscheinlich wiederum keiner Antwort – auch nicht von meiner Seite. Ich glaube, ich habe Ihnen in aller Deutlichkeit gesagt: Wir als Grüne gehen bei der Entscheidung darüber, welche Position wir hinsichtlich gemeinsamer Anträge mit anderen Fraktionen einnehmen, ausschließlich von der Sache und den von diesen Fraktionen vertretenen Positionen aus. Nur das und nicht irgendwelche Abgrenzungsbeschlüsse oder Ähnliches bestimmt unsere Haltung. Den Gefallen, dass Sie sich von uns in die Ecke der Ausgegrenzten gedrängt fühlen können, anstatt sich über konkrete Positionen zu unterhalten, werden wir Ihnen nachdrücklich nicht tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letzte Bemerkung: Gerade vor dem Hintergrund dieser Geschichte sollten wir uns nicht im Klein-Klein bewegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Der interessante Ansatz, der von der namibischen Seite jetzt angesprochen worden ist, lautet, einen neuen Weg zu suchen, damit den Gemeinschaften, deren Vorfahren Opfer des Völkermords geworden sind, gezielt geholfen wird. Das ist ein anderer Weg als der der individuellen Entschädigung. Er stärkt den Zusammenhalt innerhalb Namibias. Hier sollten sich der Deutsche Bundestag und das namibische Parlament gemeinsam engagieren, um eine gemeinsame Lösung zu finden. Wir brauchen eine Lösung zusammen mit den Menschen in Namibia.

Um ein letztes Mal den Botschafter zu zitieren:

Unsere koloniale Geschichte hat Auswirkungen auf alle Menschen gehabt und betrifft alle Namibier.

In diesem Sinne eine gemeinsame Lösung zu finden, die der schrecklichen deutschen Verantwortung für diese Geschichte gerecht wird, sollte unsere gemeinsame Herausforderung sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]: Lassen Sie es uns gemeinsam angehen!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner